

# Liechtensteiner Volksblatt

AZ — FL-9494 Schaan, Samstag, 20. Januar 1973

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

106. Jahrgang — Nr. 10



## Herr Professor Högger täuscht sich . . .

Stellungnahme des Aktionskomitees «Sauberes Rheintal» zur Sondewald-Entgegnung in der NZZ (Seite 2)

## Die Vision vom eigenen Alter

Zu einer informativen Tagung im «treffpunkt ebenholz» (Seiten 9 + 10)

## Kulturbeirat ist neu konstituiert

(Seite 3)

## Operettensaison

Vorschauen auf die Aufführungen in Vaduz (Seite 4) und Balzers (Seite 2)

## Härdäpfel ein sprachliches Denkmal

Alexander Frick über Mundartliches aus Liechtenstein (Seite 9)

## Theater am Kirchplatz

Informationen zur Spielzeit 1973 Sonderbeilage zur heutigen Ausgabe

## Zum Leistungsstand unseres Ski-Teams

Interview mit Hubert Wenzel (Seite 17)

## Sport-Vorschau

(Seite 6)

## TV-Programme

### TV aktuell

### Kino-Vorschau

(Seiten 11 / 12 / 14)



## Liechtenstein hält die Spitze

### Budget 1973 - Vergleich mit den Schweizer Kantonen

Der Dokumentations- und Pressedienst, welcher von der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft («wf») herausgegeben wird, befasste sich in seiner Ausgabe vom 18. Dezember 1972 (Nr. 51-52) in einer ausführlichen Untersuchung mit den Budgets der schweizerischen Kantone für das Jahr 1973. Die Zusammenstellung basiert jeweils auf dem Voranschlag für die Gesamtrechnung (ordentliche und ausserordentliche Rechnung zusammengefasst). Wie in Liechtenstein, so werden auch in verschiedenen Schweizer Kantonen die Bauvorhaben der öffentlichen Hand in einer ausserordentlichen Rechnung geführt. Zusammen mit der ordentlichen Rechnung (Verwaltungsrechnung) ergibt sich jeweils die Gesamtsituation der Staatshaushalte.

Alle Kantonsvoranschläge defizitär. Wie aus der Aufstellung des wf-Dokumentationsdienstes hervorgeht, sind die kantonalen Gesamtvoranschläge für 1973 ausnahmslos defizitär. Die budgetierten Ausgabenüberschüsse betragen für alle Schweizer Kantonshaushalte zusammen rund 1.35 Milliarden Franken. Im schweizerischen Durchschnitt werden im laufenden Jahr rund 10 Prozent der budgetierten Ausgaben in den Kantonen ungedeckt bleiben. Mit ungedeckten Ausgaben von drei Prozent steht der uns benach-

barte Kanton St. Gallen mit Abstand am besten da. Mit 17 Prozent ungedeckten Ausgaben hält der Kanton Zug die negative Spitze in der Schweiz.

#### Vergleich mit Liechtenstein

Ein Vergleich der Finanzsituation in den schweizerischen Kantonen mit der Finanzlage unseres Landes ist nicht nur von der Sache her interessant. Je nach dem politischen Geschäft, das gerade zur Debatte steht, werden in unserem Parlament (und in den Berichten der Regierung) immer wieder Vergleiche mit der Schweiz als ganzem oder mit einzelnen Kantonen angestellt. Das gleiche gilt auch für die Finanzpolitik. Im Zusammenhang mit den steigenden Defiziten, die den liechtensteinischen Staatshaushalt seit drei Jahren kennzeichnen, wurde und wird immer wieder die Schweiz als Beispiel angeführt.

Für unsere Tabelle haben wir dem eingangs erwähnten Dokument des wf-Pressedienstes die Zahlen von fünf schweizerischen Kantonen entnommen und sie den offiziellen Zahlen des liechtensteinischen Voranschlags für 1973 gegenübergestellt. Wir haben dabei neben dem benachbarten Kanton St. Gallen vier Kantone ausgewählt, die hinsichtlich der Grösse ihres Haushaltes am ehesten mit Liechtenstein vergleichbar sind. Es handelt sich um die Kantone Glarus, Nidwalden, Schwyz und Zug.

Kanton	Gesamt-Einnahmen Millionen	Gesamt-Ausgaben Millionen	Gesamt-defizit Millionen	Einwohner- zahl	Gesamtdefizit pro Kopf der Bevölkerung	Gesamtdefizit in Prozenten
St. Gallen	663.4	683.0	19.6	385 000	sFr. 51.—	ca. 3
Glarus	92.2	100.5	8.3	38 000	sFr. 217.—	ca. 8
Nidwalden	80.0	87.7	7.7	26 000	sFr. 291.—	ca. 9
Schwyz	147.9	159.7	11.8	93 000	sFr. 128.—	ca. 7.5
Zug	144.5	173.5	29.0	68 000	sFr. 433.—	ca. 17
Liechtenstein	78.04	103.00	24.9	22 000	sFr. 1130.—	ca. 25

#### Unser Land schlägt alle Rekorde

Obwohl die schweizerische Situation im wf-Pressedienst als unerfreulich kritisiert wird, weil die wachsenden Defizite «im Widerspruch mit den konjunkturpolitischen Erfordernissen» der Schweiz stehen und vom Bund ein entsprechender «Druck auf das Ausgabengebaren auf kommunaler und kantonalen Ebene» gefordert wird, was neben der Sanierung der Haushalte «auch staatspolitisch heilsame Wirkung» haben könne, stehen die Schweizer Kantone im Verhältnis zu Liechtenstein noch ganz gut da.

Mit ungedeckten Ausgaben in der Höhe von 25 Prozent des Gesamthaushaltes liegen wir um 15 Prozent höher als der schweizerische Durchschnitt und immer noch um 8 Prozent über dem ungünstigsten Schweizer Kantonsergebnis (Zug: 17 Prozent).

● Noch nachdenklicher muss unsere Finanzsituation machen, wenn man das Gesamtdefizit auf die Einwohnerzahl umlegt. Gemäss wf-Dokumentation beträgt das Defizit des Budgets 1973 im Kanton St. Gallen pro Kopf der Bevölkerung 51 Franken. Mit 433 Franken ist es in Zug am höchsten. Liechtenstein steht mit einem budgetierten Defizit von 1130 Franken pro Einwohner einsam an der Spitze.

Es soll hier nicht in Finanzdramatik gemacht werden. Wir meinen

aber, dass der Vergleich mit den Zahlen der schweizerischen Kantons Haushalte zu denken gibt. Wir dürfen dabei nicht übersehen, dass unser Land im Gegensatz zu den schweizerischen Kantonen keinen Bund hinter sich weiss. Wir stehen letzten Endes allein da und werden nach dem bewertet, was wir selbst aufzubringen in der Lage sind.

## Keinerlei Rücksichten

Wer mit der Minderheitspartei unseres Landes sympathisiert und dies auch zeigt, muss künftig mit öffentlicher Diskriminierung rechnen. Die Vaterländische Union, die nach dem Wahlerfolg vom Februar 1970 nun die totale Macht im Staate anstrebt (Erklärtes Wahlziel für 1974: 10 Mandate und die Alleinregierung), kennt dabei keine Rücksichten. So lässt sie in ihrem Parteiorgan («Vaterland» vom 18. Januar 1973 — Beilage Seite 9) schreiben, der neuernannte Fürstliche Kabinettsdirektor Robert Allgäuer, der sein Amt offiziell im Juni dieses Jahres anreten wird, könne «kein echtes Bindeglied zwischen Regierung und Landesfürst darstellen», weil er früher als Landesbibliothekar «eindeutig parteipolitisch und weltanschaulich orientiert» gewesen sei. Weiter heisst es u. a. wörtlich: «Sein früheres Engagement aber passt nicht leicht zur neuen Stelle, umso mehr als er (in einem Interview mit der Zürcher «Weltwoche») erklärt, er werde als Kabinettsdirektor streng neutral bleiben. Diese superlative Betonung hat eben ihre Widerhaken. Niemand erwartet und glaubt, dass eine so profilierte Persönlichkeit plötzlich ihre Meinung und ihr Verhalten derart verändern kann . . .» — Mit anderen Worten: nur wer rot ist, darf in Liechtenstein künftighin noch als guter Mann gelten. Sechs Monate vor er sein Amt ausübt, wird dem neuen Kabinettsdirektor schon das Vertrauen entzogen. Ohne ihm auch nur eine kurze Zeitspanne der Bewährung zu lassen, wird ihm ausgerechnet seine Aeusserung, dass er parteipolitisch streng neutral bleibe, ins Gegenteil verkehrt und er selbst als unglaubwürdig abgestempelt. — So sollte man mit einem jungen Liechtensteiner nicht verfahren, der das Vertrauen des Fürsten genießt und als erster Mitbürger in die sehr wichtige Funktion des Kabinettsdirektors berufen wird. Bevor man jemanden kritisiert, sollte man abwarten, bis er wirklich Anlass zu berechtigter Kritik gibt. Es ist aber weder fair noch freundlich, wenn man jemandem von vorneherein jede Chance versagt, nur weil er kein rotes Parteiabzeichen trägt.

## Frauenstimm- und Wahlrecht

### Zur Volksabstimmung am 9. und 11. Februar

In drei Wochen, am 9. bzw. 11. Februar, findet die zweite Volksbefragung über die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechtes in Liechtenstein statt. Viele Mitbürger, vor allem unter den Befürwortern des Frauenstimmrechtes, vermissen die vor Volksabstimmungen sonst üblichen Stellungnahmen und Aufrufe in der Presse und von den Parteien. Allenthalben taucht auch schon die Frage auf, ob das «Volks-

blatt» und die FBP diesmal eine andere Meinung vertreten als vor zwei Jahren?

Damals hat bekanntlich eine Gesetzesinitiative der FBP-Fraktion im Landtag dazu geführt, dass die Frage der politischen Gleichberechtigung unserer Mitbürgerinnen aus einer mehrjährigen Phase der reinen Diskussion in das Stadium der Entscheidung gedrängt wurde. Nach anfänglichen (formalen) Vor-

behalten stellte sich in der Folge dann auch die VU positiv zur Frauenstimmrechtsvorlage.

Die FBP-Landespartei führte in allen Ortsgruppen Informationsversammlungen durch, an welchen für die JA-Parole eingetreten wurde. Alle Zeitungen des Landes warben über Wochen intensiv für das Frauenstimmrecht. In der ersten Volksabstimmung am 28. Februar 1971 wurde die Vorlage dann auch nur ganz knapp verworfen.

Nach einer gemeinsamen Gesetzesinitiative aller Abgeordneten des Parlamentes gelangt die Frage der Einführung des Frauenstimmrechtes nun erneut zur Volksabstimmung.

#### FBP: Positive Haltung bekräftigt

Anlässlich der Verabschiedung des Verfassungsgesetzes im Landtag gab FBP-Fraktionsprecher Dr. Peter Marxer eine Erklärung ab, in der er die seit jeher positive Haltung der FBP zum Frauenstimmrecht erneut bekräftigte. Im ähnlichen, befürwortenden Sinne traten auch der Sprecher der VU-Fraktion und weitere Abgeordnete aus bei-

(Fortsetzung Seite 2)

